

(Übersetzung der gest.
deutsche Welle 14.10.90)

Kommentar 3. August 1990,
19.00 Uhr, 'heute'-Sendung

Das Tempo war schon bisher atemberaubend, jetzt wird es schwindelerregend.

Es ist ja richtig, daß die Autorität der Regierung de Maizière ~~rapide~~ verfällt. Es wird auch immer deutlicher, daß sich die wirtschaftliche Lage in der DDR ~~dramatisch~~ zuspitzt.

Aber sind das ausreichende Gründe, jetzt holterdiepolter den Wahltermin vorzuziehen, ² ~~auf~~ ~~den sich alle in Ost und West mühsam geeinigt~~ ~~hatten?~~

Würde der baldige Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nicht schon die notwendige psychologische Entspannung schaffen und überdies dafür sorgen, daß in der DDR für die Übergangszeit einigermaßen geordnet regiert wird? ~~Die~~ ~~Währungsunion gibt es ja sowieso schon, warum~~ ~~nicht Einheit jetzt und Wahlen später?~~

Nur um sechs Wochen früher wählen zu können, das Grundgesetz zurechtzubiegen, das ist ein ^{schickes} ~~durchschaubares~~ Manöver.

Jeder merkt doch, daß es darum geht, dem Herausforderer Lafontaine die Wahlchancen zu verkürzen: Je früher der Termin, desto weniger spürbar das Fiasko der DDR-Wirtschaft, desto geringer die Belastung für Bonn und seine Steuerzahler, desto besser alles für die Union und die FDP.

Taktik also, eine höchst gefährliche dazu. Da die notwendige 2/3-Mehrheit für eine Verkürzung der Wahlperiode nicht zu haben ist, bleibt nur der Weg, den Kohl 1982 schon einmal ging: Das fingierte Mißtrauensvotum seiner eigenen Leute gegen ihn selbst, um so ^{die} Neuwahlen zu erzwingen.

Schon damals hat das Bundesverfassungsgericht dies als allerletztes Mittel bezeichnet, wenn anders überhaupt nicht weiterregiert werden kann.

Aber, Moment mal - Kohl hat eine Mehrheit, ist sogar auf der Höhe seiner Macht.

Wenn er jetzt mit Hauruck den Wahltermin verlegt, bestätigt er Lafontaines Befürchtung eines heißen Herbstes in der DDR. Aber - und das ist wichtiger - er bringt die große Sache der Deutschen Einheit in ein schiefes Licht, in den Geruch von Parteiinteressen.

Bundespräsident von Weizsäcker, an dem es letztlich liegt, sollte so entscheiden, daß sich die Verfassungsrichter nicht ^{noch einmal} wieder damit beschäftigen müssen.